

Die das politische Heft in der Hand haben. Die Politik in den sogenannten Stadtverordnetenversammlungen der vorrevolutionären Kommunen war nichts anderes als eine Politik, auf den Schutz des Geldbeutels der Schwerindustrie zugeschnitten. Sie ist unter dem Namen Zechenpolitik, Politik der Blauen, der ehemaligen National-liberalen genaugam bekannt. Bekannte Kommunen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erlebten so etwas wie Stadtgärten und Badeanstalten erst um die Jahrhundertwende. Geld für Grünsmuck war für die Zechenpolitik in den Rathhäusern Luxus. Sie selbst konnten nach Düsseldorf ins Freie fahren, und wer im Ruhrrevier nicht so viel verdient, der konnte nach ihrer Auffassung seine Sonntage in der Kirche verbringen. Noch toller stellt sich diese Zechenpolitik im Verkehrsweisen dar. Die in die belebten Arbeiter- und Arbeiterführer Hauptstraße einer der größten Ruhrstädte wird am Anfang von einem Bahnhof und am Ende von einer Kirche abgeschlossen. Der Verkehr muß sich sozusagen auf Urmalbspalten in fürchterlich drangvoller Enge seinen Weg ins Freie suchen.

Dazu kam ein ergötzlicher Konfessioneller Einspruch, der sich in einem heute lächerlich erscheinenden Kampf gegen Freibäder und Theater ausübte. Heute erscheint das als menschliche Verirrung, aber die Ruhrstadt Selsenkirchen-Buer mit 350 000 Einwohnern hat heute noch kein Theater und muß sich mit ihren künstlerischen Darbietungen — natürlich Gasorchestergruppen — auf einen für diese Zwecke wenigstens ungenügenden Saal beschränken. Als man vor dem Kriege an der Ruhr ein Familienbad anlegen wollte, gab es in der Öffentlichkeit, in der Presse und auf der Kanzel eine Klistierdebatte, die wohl in der Geschichte ihresgleichen sucht.

Die Revolution brachte den Massen auch in den Ruhrkommunen größere politische Macht, und es ist eine Wendung zum Besseren eingetreten. Man hat die aus dem Mittelalter stammenden Raubritterburgen und Schlösser restauriert und in gefällige und schmutzige Erholungsräume umgewandelt. Man hat Parks angelegt, Freibäder, und trägt sich zum Beispiel auf Buerischem Gebiet mit dem Gedanken, einen großen künstlichen See zu schaffen. Das ist alles anzuerkennen. Aber anderswo hat man keine glückliche Hand gehabt. So hat man zum Beispiel Buer mit Selsenkirchen vereinigt. Das war eine Notwendigkeit. Aber das Richtige torrigiert man sofort durch einen Fehler, indem man die neue Riesenstadt aus dem Regierungsbezirk Arnsberg herauslöste und sie zum Regierungsbezirk Münster schlug. Dadurch trennte man Selsenkirchen von Wattenscheid, das einen Steinwurf entfernt liegt und mit Selsenkirchen wirtschaftlich aufs engste verbunden ist. Was nun überhaupt noch drei Regierungspräsidenten in diesem Gebiet, und warum sitzt der Regierungspräsident des südlichen Westfalens noch immer im abgelegenen Arnsberg? Dieses Land ist eine Industrie- und Bergbauprovinz für sich, hat ein Eigenleben und läßt sich nicht einseitig der Verwaltung unterwerfen. Man sagt, man könne Großstädte nicht einverteilen, gerade, als ob man die noch größere Stadt Charlottenburg nicht nach Berlin mit Glück einverteilt hätte. Düsseldorf wäre zum Beispiel mit der Schaffung einer Industrieprovinz einverstanden, aber dann dürfe Essen nicht der Mittelpunkt dieser neuen Provinz werden, sondern Düsseldorf. Derartige Fragen gibt es in Hülle und Fülle, und schließlich ist es immer eine sinnlose Rivallität, die hier die Lösung erschwert. Es bleibt nichts anderes übrig, als aufzuräumen, aber gründlich aufzuräumen mit dem, was von der Zechenpolitik übriggeblieben ist!

Hugenberg läßt fliegen.

Seine Leute erhalten Posten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: „In führenden Stellen der deutschen nationalen Parteiorganisationen sind gewisse Veränderungen beabsichtigt. Als leitender Direktor für die Geschäftsführung soll Major a. D. Nagel, bisher beim Reichslandwehr tätig, berufen werden. Der bisherige Leiter der Reichsliste, Dr. W. A. Kries, Herausgeber der „Deutschen nationalen Briefe“, soll durch den Redakteur der „Niederdeutschen Zeitung“, Brosius, ersetzt werden.“

Mißbrauch der Immunität.

Strengere Handhabung der Reichstagsvorschriften.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags erörterte die Frage, wie künftig die Immunität gegenüber Abgeordneten, die zugleich verantwortliche Redakteure sind, zu handhaben sei. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der eine strengere Handhabung der Immunitätsvorschriften gegenüber der bisher geübten Praxis sicherstellt. Danach soll die Frage von Fall zu Fall geprüft werden, ob das öffentliche Interesse oder das Interesse des Verletzten an der Strafverfolgung größer ist, oder das Interesse des Parlaments an der Aufrechterhaltung der Immunität des betreffenden Abgeordneten. In den Fällen aber, in denen ein Abgeordneter, der zugleich verantwortlicher Redakteur ist, unter Mißbrauch seiner Immunität strafbare Handlungen begeht, insbesondere schmähende Beleidigungen verübt, soll in Zukunft scharfer durchgegriffen und die Immunität aufgehoben werden.

Staat ohne Lebensberechtigung.

Feststellungen im Landtag von Schaumburg-Lippe.

Hannover, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Finanzlage des kleinsten deutschen Freistaates Schaumburg-Lippe, dessen Bevölkerungsmehrheit im vergangenen Jahre den Anschluß an Preußen ablehnte, ist eine außerordentlich kritische. Sie wurde durch die Verhandlungen in der letzten Landtagssitzung drastisch beleuchtet. Wie dem „Volkswillen“ berichtet wird, hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, für die hilfsbedürftigen eine Weihnachtshilfe von insgesamt 12 000 Mark zu bewilligen. Staatsrat Lorenz antwortete auf diesen Antrag, daß die Regierung sich mit einer solchen Unterstützungsaktion beschließen habe, jedoch könne sie dem Landtag keine derartige Vorlage machen, weil die Mittel in der Landeskasse nicht zur Verfügung seien und ein Umlagebetrag deshalb auf Anleihe genommen werden müßte.

Diese Erklärung gab dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Reuber Veranlassung zu folgender Feststellung: „Ich habe nicht geglaubt, daß die Existenz des Staates von 12 000 Mark für Unterstützung abhängt. Wenn die Regierung solche Mittel nicht mehr zur Verfügung hat, dann ist Schaumburg-Lippe kein Staat mehr, der Lebensberechtigung hat.“

Kanzlerrede vor der Presse.

Ueber Räumung und Anschluß. — Regierungskrise bringt Reichstagsauflösung.

Am Mittwochabend veranstaltete der Verein „Berliner Presse“ zu Ehren der Reichsregierung ein Bankett. In seiner Festrede führte Reichskanzler Müller u. a. aus:

Wir denken in dieser Stunde auch an den Herrn Reichsaussenminister, der, von schwerer Krankheit genesen, sich in Lugano dafür einsetzt, daß Deutschland von fremder Besetzung frei werde. Es ist verständlich, daß ich mir heute eine gewisse Zurückhaltung auferlege. Ich will nichts sagen, was die Verhandlungen in Lugano stören könnte. Aber das kann mich nicht hindern, einige außenpolitische Thesen aufzustellen, die Gemeingut des deutschen Volkes sind, und deren Erörterung deshalb nicht störend wirken kann. Die Welt muß wissen, daß, so uneinig das deutsche Volk sonst in seinen politischen Auffassungen ist, es einig ist in dem einem Punkt: der Forderung der

Räumung der besetzten Gebiete.

Der Ausgangspunkt für diese Forderung ist und bleibt der Rechtsstandpunkt. Die Forderung der Räumung ist aber gleichzeitig ein politisches allerersten Ranges. Wir sind dem Völkerverbund beigetreten. Für diejenigen, die wie ich den Beitritt seit Jahren gefordert hatten, weil sie von der Notwendigkeit der Durchsetzung der Völkerverbundsätze überzeugt waren, war es selbstverständlich, daß Deutschland im Völkerverbund als gleichberechtigter anerkannt würde. Mit der Idee der Gleichberechtigung verträglich ist aber die Fortdauer der Besetzung nicht. Die Besetzung, die nach dem Versailler Vertrag zeitlich begrenzt ist, ist kein Sicherheitspfland. Außerdem ist die Entwaffnung Deutschlands anerkannt. Die Besetzung ist auch kein Leistungspfland. Nach dem Versailler Vertrag wird sie im Jahre 1935 auch für die dritte Zone enden. Im übrigen hat der Dames-Plan bisher funktioniert. Der Reparationsvertrag befähigt das von Bericht zu Bericht öffentlich Besetzte, ist die Endlösung. Sie darf nur gefunden werden, nachdem die Leistungsfähigkeit Deutschlands ernstlich und genau nachgeprüft ist. Diese Auffassungen hat die deutsche Presse erfreulicherweise einmütig vertreten. Es ist behauptet worden, daß der Reichsaussenminister seine letzte Reichstagsrede über die außenpolitischen Fragen aus Gründen der inneren Politik gehalten hätte. Da das deutsche Volk in der Forderung der alsbaldigen Räumung einig ist, sind Rücksichten auf die innere Politik nicht notwendig. Ich habe aber in Genf bereits in den Verhandlungen der sechs darauf hingewiesen, daß auch keine Sorge um die besetzten Gebiete uns veranlaßt, diese Forderung zu erheben. Die Reichsregierung wird aus den besetzten Gebieten mit Räumungen förmlich bestimmt, in denen dringend ersucht wird, ja keine neuen Belastungen zu übernehmen für die Befreiung. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete will ausharren, wenn das notwendig sein sollte. Nicht aus Gründen der inneren Politik, sondern aus denen der äußeren Politik

fordern wir die Räumung, weil sie zur Befreiung Europas einfach notwendig ist.

Die Grenzen im Westen sind durch die Locarno-Verträge garantiert. Auch daraus muß als Konsequenz gezogen werden, daß endlich Rhein und Saar bestell werden. Die Saarbevölkerung ist teilsdeutsch. Als Sohn eines Saarländers bin ich dafür ein lebendiger Zeuge. Wenn wir die Befreiung dieser Gebiete von der Fremdherrschaft fordern, so nicht zuletzt deshalb, weil damit auch die Zwischenschritte ausgeführt werden, die immer wieder dazu beitragen, daß alte Wunden aufgerissen werden. Wir wollen in freieschwerer Mitarbeit unsere Stellung beziehen im Rate der Völker. Selbstverständlich muß dann auch für die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht gelten. Wenn ich vom Selbstbestimmungsrecht rede, denke ich auch an Deutschösterreich.

Die Projektur für den Anschluß ist im Vertrag von Versailles geregelt.

Jetzt ist die Anschlußfrage weder von deutscher noch von österreichischer Seite als aktueller Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Trotzdem ist das Wort „Anschluß“ schon in fremde Sprachen übergegangen. Wir können uns die Voraussetzungen

nicht nehmen lassen, die selbst noch dem Vertrag von Versailles für den Anschluß gegeben sind. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker steht der Anschluß Österreichs an Deutschland in keiner Weise in Widerspruch. Es gibt kein österreichisches Volk. Es gibt nur deutsche Stämme in Österreich. Wie die Bretonen Franzosen sind, so sind die Österreicher Deutsche. Wir sind eine Nation. Wir tragen gemeinsames Leid, und das hat uns gefühlsmäßig nur noch näher gebracht. Auch in der Anschlußfrage ist das ganze deutsche Volk einig.

Es ist nicht meine Absicht, Ihnen eine längere Rede über die innere Politik zu halten. Meine Regierung ist erst im letzten Monat am Ruder. Als wir die Regierung antraten, hieß es ironisch, daß ein Sommerkabinett gebildet würde. Nun sind wir bereits in den Winter eingetreten. Trotzdem wird behauptet, daß die Reichsregierung eigentlich gar keine richtige Regierung wäre. Diese Behauptung beruht auf einer irrigen Auslegung der Reichsverfassung. Die Reichsverfassung schreibt die Bindung der Parteien an die Regierung nicht vor. Sie fordert nur den Rücktritt der Regierung, wenn der Reichstag der Regierung das Vertrauen verweigert. Bisher sind die Mißtrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt worden. Aber eine Regierung ist vor ihrem Sturz glücklich zu preisen. Wenn eines Tages ein Mißtrauensantrag angenommen werden sollte, so darf ich wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß an Stelle der jetzigen Regierung eine bessere gefunden wird. Gewiß ist, daß die Reichsregierung es nicht allen Parteien recht machen kann.

Trotzdem waren sicherlich 80 Proz. der deutschen Bevölkerung erfreut, als es der Reichsregierung, wenn auch mit außerordentlichen Mitteln, gelang, den Eisenkonflikt an Rhein und Ruhr beizulegen.

Die Reichsregierung hielt hierbei ihre Initiative für dringend geboten, weil nur so politische und wirtschaftliche Auswirkungen vermieden werden konnten, die gefährdend waren. Es war eine Vertrauensstunde, die die Reichsregierung, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einem Mitgliede der Reichsregierung die endgültige Entscheidung über die Streitfragen in die Hand gaben. Ich will gemäß der Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die die Regierung demnächst zu überwinden hat. Ich brauche hier nur an das Defizit im Etat und seine Deutung zu erinnern. Daß das Defizit gedeckt werden muß, ist selbstverständlich. Da ist eine große und schwere Aufgabe zu lösen. Wenn diese Aufgabe aus außen- und innenpolitischen Gründen gelöst werden muß, bin ich bestrebt gewesen, die Regierung auf eine feste Grundlage zu stellen. Die Verhandlungen hierüber gehen jedoch nur langsam vorwärts. Einige Parteien wollen mir ihren Wunschzettel noch einreichen. Hoffentlich nach vor Weihnachten. Dabei wird die Erfüllung manchen Wunsch es wie beim Weihnachtsmann auch eine Portion mitbringen sein. Ich nehme an, daß die Mehrheit des deutschen Volkes keine Krise will. Persönlich bin ich der Überzeugung, daß nach den Nothwehnden dieses Jahres eine Regierungskrise nur schwer eine Lösung finden könnte, daß bald hinter der Krise die

Auflösung des Reichstages

kommen würde, auch wenn sie niemand will. Gerade das ist es, was gebieterisch verlangt, daß sich die Parteien auf dem Boden unserer republikanischen Verfassung zu einer Wahrheitsregierung auf Dauer zusammenschließen. Wie sollen sonst große Aufgaben, die jetzt in Angriff genommen sind, wie z. B. die Reichsreform, auf die insbesondere die deutsche Wirtschaft wartet, ihrer baldigen Lösung entgegengeführt werden? Ich bitte die Herren von der Presse, uns zu unterstützen, wenn wir eine weitere Konsolidierung der deutschen Verhältnisse anstreben.

Der Reichskanzler teilte zum Schluß mit, daß der Reichsminister des Innern aus den Ueberprüfungen des drahtlosen Dienstes, die ihm durch Beschluß der Generalversammlung zur Verfügung stehen, 225 000 Mark dem Reichsverband als Beihilfe für den Bau eines Pressehauses übermitteln will, wenn die gemeinnützige Verwendung unter Kontrolle der Reichsregierung vertraglich sichergestellt wird.

Zentrum aktionsunfähig.

Kein Fraktionsführer. — Der Streit geht weiter.

Die ersten Differenzen im Zentrum machen die Zentrumsfraktion zeitweilig aktionsfähig. Ueber ihre Sitzung von gestern wird folgender Bericht ausgegeben:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschloß am Mittwochabend, die Wahl des Fraktionsvorstandes zu verschieben bis nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags nach dem Weihnachtstermin. Der bisherige geschäftsführende Fraktionsvorstand wurde gebeten, bis dahin die Geschäfte der Fraktionsleitung weiter zu führen.“

Die Führerwahl von Köln wirkt sich also schon politisch aus.

Der „Deutsche“ setzt den von Stegerwald eröffneten Feldzug in der Öffentlichkeit fort. Er beschuldigt die Herren Marx und Wönning der Schiebung gegen Stegerwald:

„In seiner Erklärung weist Stegerwald darauf hin, daß alle führenden Männer mit Namen sich für ihn einsetzten. Allerdings fehlen unter diesen Namen Marx und Wönning. Und hier scheint der Schlüssel zu der Entwicklung auf dem Kölner Parteitag zu liegen. Beide waren gegen Stegerwald; Wönning war Vorsitzender des Parteitages; dementsprechend die Regie. Diese Regie, zu der auch ein Mitglied der „D. A.“ vor der Wahl gehört, arbeitete offensichtlich auf eine Sabotage der Wahl Stegerwalds hin.“

Auch die katholischen Arbeitervereine und Herr Hoos werden getadelt, weil sie sich dem Auszug der Arbeitervertreter aus dem Ausschuß nicht angeschlossen haben. Die Behauptung der Zentrumspresse, daß der Parteitag in spontaner demokratischer Aufwallung schließlich entschieden habe, wird zurückgewiesen:

„Die Behauptung wird bei den Arbeitern kaum Glauben finden und unter den Teilnehmern auch nicht. Man wird ihnen nicht ausreden können, daß hier eine Regie am Werk war, die gegen Stegerwald arbeitete.“

Zum Schluß bricht die Erbitterung der christlichen Arbeiter gegen die gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen im Zentrum hervor:

„Ihr Führer war gut genug, die Partei ein Jahr lang durch eine öble Zeit hindurchzusteuern. Wie die Lumpen

überhaupt gut genug sind, in den Ausschüssen und überall sich mit den Räten und Notwendigkeiten der realen Politik zu beschäftigen. Es ist sehr viel leichter, in hohen und idealen Worten zu machen. Wir würden vor schlagen, einmal etwa den Herrn Prälaten Schreiber in den Steuerauschuß zu schicken oder den Führer der Windhorstbünde Dr. Arons Jöls mitzuschicken zu lassen.“

Es sind höchst bittere Gefühle in ihr ausgelöst worden. Mit dem Mißtrauen ist wieder nachgewunden, sie fühlt eine Zurücksetzung ihres Standes, die sie in der Zentrumsfraktion überwinden glaubte.“

Kräftige Töne! Da wird man Mühe haben, sich wieder zusammenzureden und zu schreiben!

Ein Symptom.

Mitgliederschwind im Do-Vererein für das katholische Deutschland.

Der Volkverein für das katholische Deutschland, der nach dem Beschluß des Magdeburger Katholikentages der Hauptträger der „Katholischen Aktion“ in Deutschland sein soll, hat in Düsseldorf seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Den Geschäftsbericht für das letzte Jahr erstattete bereits der frühere Reichsaussenminister Dr. Brauns, der vor einigen Monaten an die Stelle des bisherigen Generaldirektors Dr. Hohn getreten ist. Er mußte beklagen, daß die Mitgliederzahl des Volkvereins auch im vergangenen Jahre um 26 000 zurückgegangen ist, so daß der Verein im Juni nur noch 417 000 Mitglieder zählte, gegenüber 805 000 vor dem Kriege und fast 700 000 im Jahre 1921.

Preußen in der Reichsbahnverwaltung.

Der Streit über den preussischen Sitz im Reichsbahn-Verwaltungsrat ist beigelegt worden. Preußen wird demnächst den Ministerialdirektor Schulze vom Handelsministerium in den Ausschuß entsenden. Auf Antrag der sozialdemokratischen Minister soll dem Verwaltungsrat in Zukunft auch ein Arbeitervertreter angehören. Als solcher ist der Lokomotivführer Hermann aus Nürnberg in Aussicht genommen.

Weltprobleme des Zuckers.

Ueberlegenheit des Rohrzuckers. — Bedeutung des stabilen deutschen Zuckerpriees

Die Diskussion über den deutschen Zuckergoll ist bisher wesentlich von einer Untersuchung der besonderen Lage der Zuckerrirtschaft in Deutschland ausgegangen. Darüber ist die Beobachtung der Weltzuckerwirtschaft, zumal der außereuropäischen Rohrzuckerwirtschaft, über Gebühr vernachlässigt worden. Dennoch scheint es bei aufmerksamer Betrachtung fast, als dahnnte sich hier eine Entwicklung von allgemeiner weltwirtschaftlicher Bedeutung an, die zwangsläufig zu weiterer Verbilligung des Zuckers führen und dann auch für die deutsche Zuckerrirtschaft bedeutsam sein dürfte.

Napoleon I. kontra England.

Das Zuckerrohr war ursprünglich die alleinige Bilanz, aus der Zucker gewonnen wurde, und der Zuckerverbrauch in Europa dalkert aus der Zeit, in der zum erstenmal internationale Handelsbeziehungen den Kauf von Zucker aus Indien ermöglichten. Bis ins 18. Jahrhundert hinein war Zucker ein ausgesprochener Luxusartikel. In diesem Jahrhundert erst wurde der Zucker in denjenigen sozialen Schichten zu einem weit verbreiteten Genussmittel, in denen etwa das Kaffee- und Teezinken üblich wurde. England, das Land des großen Teenerbrauchs, wurde damit auch das Land des größten Zuckerverbrauchs. Von England aus wurde denn auch zum erstenmal der systematische Anbau von Zuckerröhren in Zuckerröhrenplantagen in englischen Kolonien betrieben.

Als Napoleon die englischen Handelsbeziehungen zum europäischen Festlande durch die Kontinentalsperre vernichten wollte, wurde er unferwillig der Vater des Rübenzuckers. Dieser größten produktivsten Kern kontinental-europäischer Wirtschaftspolitik verdrängte die Rübenzuckerindustrie und damit auch der Zuckerrübenanbau ihre Existenz. Fast niemals hat seitdem der Rübenzucker im freien Wettbewerb mit dem Rohrzucker konkurrieren können. Stets mußten Einbuße, Ausfuhrprämien und direkte Subsidienzahlungen herbeiführen, um die Rübenzuckerindustrie zu erhalten und zu entwickeln.

England kontra Napoleon I.

Nur durch solche Maßnahmen war es möglich, den Anteil der Rübenzuckerproduktion an der Weltproduktion um die Jahrhundertwende herum auf 60 Proz. zu steigern. Damals ergriff England in Fortsetzung des alten wirtschaftspolitischen Kampfes die Offensive gegen die „napoleonische“ Rübenzuckerindustrie. In der Brüsseler Zuckerkonvention, die international die Ausfuhrprämien für Rübenzucker abschaffte und die Zölle der Rübenzuckerländer auf einen gleichen Satz ermäßigte, der immerhin aber noch etwa 25 Proz. des Wertes des Zuckers ausmachte, fand es die Waffe gegen die künstliche Expansion des Rübenzuckers. Der Erfolg war groß. Im Laufe von etwa einem Jahrzehnt stieg die Zuckerproduktion der Welt um etwa 70 Proz. und der Anteil des Rübenzuckers ging auf weniger als die Hälfte zurück.

Die Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit führten zu einem Niedergang der Rübenzuckerindustrie, und erst in den letzten fünf Jahren wurden gleichzeitig die Subventionen, die der Brüsseler Zuckerkonvention vorangegangen waren, zu neuem Leben erweckt und die Rübenzuckerindustrie auf diese Weise zu neuem künstlichen Aufschwung geführt.

Die Ertragssteigerung des Rohrzuckers und ihre Folgen.

Gleichzeitig aber begann in der Rohrzuckerwirtschaft der Welt ein grundlegenden Wandel. Dieser Wandel hat nun gerade in Deutschland bei weitem nicht die Beachtung gefunden, die er verdient. Schon immer waren große kapitalistische Unternehmungen, die mit amerikanischem, englischem und holländischem Kapital arbeiteten, die wichtigsten Träger der Rohrzuckerwirtschaft. In den Nachkriegsjahren haben diese Großunternehmungen begonnen, die Zuckerröhrenkultur, die bisher im großen und ganzen immer noch so betrieben wurde, wie schon seit mehr denn tausend Jahren in Indien, unter Benützung der Erzeugnisse der modernen Agrarwissenschaft, planmäßig zu entwickeln.

Das Ergebnis ist heute schon deutlich zu sehen. Noch vor zehn Jahren betrug der Zuckerertrag vom Hektar in Java etwa 10 Tonnen (gegen etwa 4 Tonnen in Deutschland). Im Jahre 1927 war er auf 12 bis 13 Tonnen gestiegen. 1928 betief er sich bereits

auf 16 Tonnen, und bei dem heutigen Stande der Zuckerröhrenkultur wird von Sachverständigen selbst ein durchschnittlicher Ertrag von über 20 Tonnen für durchaus möglich gehalten. In einzelnen Fällen ist es bereits gelungen, fast 30 Tonnen Zucker vom Hektar zu gewinnen. Diese Entwicklung war nicht allein auf Java beschränkt. Ganz ähnlich ist in der amerikanischen Kolonie Hawaii der Zuckerertrag im Laufe der letzten zehn Jahre von 10 Tonnen je Hektar auf 15 Tonnen je Hektar gestiegen, und in anderen Rohrzuckerländern hat die gleiche Entwicklung bereits begonnen. Ihr Ende ist noch nicht abzusehen.

In dieser Ertragssteigerung und gleichzeitigen Mehrproduktion liegen die wichtigsten Ursachen des Absinkens der Zuckerpriees am Weltmarkt. Nur kurze Zeit ist es möglich gewesen, dies Absinken aufzuhalten. Der größte Zuckerproduzent der Welt, Kuba, beschränkte seine Anbaufläche, begrenzte die Menge der Produktion und schuf eine monopolistische Ausfuhrorganisation. Kuba hat nicht vermocht, den sinkenden Weltmarktpriees für Zucker auf die Dauer eine wirksame Stütze zu geben. Seine Politik ist zusammengebrochen, und die Einschränkungsmaßnahmen sind beseitigt worden.

Was sich hier beim Zucker ereignet, ist ein großer Rationalisierungsprozeß mit entsprechender Kostenverbilligung und Preisfestlegung. Dieser wachsenden Konkurrenz des Rohrzuckers steht aber eine Rübenzuckerindustrie gegenüber, die ihren technischen Apparat und die Ertragsfähigkeit der mit Rüben bebauten Böden gegenüber der Vorkriegszeit nicht wesentlich verbessert hat und voraussichtlich auch nicht allzu wesentlich verbessern kann. Denn unsere Zuckerrübe ist schon ein hochgezüchtetes Kunstprodukt, während das Zuckerrohr erst jetzt systematisch gezüchtet wird. Hinzu kommt, daß die Industrialisierung Europas dem europäischen Rübenzuckeranbau die billigen Arbeitskräfte nimm, die Voraussetzung für sein Bestehen sind. Schon heute steht nach der Auffassung der Zuckerindustrie der deutsche Zuckerrübenanbau auf der billigen Arbeit polnischer Arbeiter, und charakteristischerweise steht es mit dem hinter hohen Zollmauern hochgebrachten Zuckerrübenanbau Amerikas nicht anders. Auch er ist möglich nur durch die billige Einwandererarbeit, die zur Zeit der Zuckerrübenanbau auf die amerikanischen Farmen gebracht wird.

Preisstabilisierung und Höchstpreis keine Blankowäsche.

Es ist kein Zweifel daran möglich, daß der Reichstag noch vor Jahreschluß ein Gesetz verabschiedet wird, das praktisch der deutschen Zuckerindustrie einen Mindestpreis für Zucker garantiert wird. Diese Ueberlegungen bezwecken, die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des festzusetzenden Höchstpreises und besonders seine Wandelbarkeit nach unten zu unterstreichen. Treibt das ein, was die große Entwicklung des Zuckerröhrenanbaus verspricht, nämlich ein rascher und durchgreifender Preisrückgang für Zucker, so wird es auf die Dauer dem deutschen Verbraucher nicht zugemutet werden können, dank hohem Zuckergoll und hohem Höchstpreis unter Umständen sehr viel mehr zu bezahlen, als andere Nationen für ihren Zuckerverbrauch zu bezahlen brauchen.

Wir haben an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Zuckerverbrauch der deutschen Arbeiterklasse noch außerordentlich steigertfähig ist und weit hinter dem zurückbleibt, was unter volkswirtschaftlichen und wohlstandspolitischen Gesichtspunkten wünschenswert wäre. Die Erfahrungen der Vorkriegszeit und der jüngsten Vergangenheit haben gelehrt, daß der Zuckerverbrauch des deutschen Volkes weit hinter dem Zuckerverbrauch zurückbleibt, so daß jede Preisfestlegung sofort eine Verbrauchssteigerung mit sich bringt. Wenn dann dem technischen Fortschritt der Rohrzuckerwirtschaft der Weltmarktpriees für Zucker sinkt, so muß das deutsche Volk in der Lage sein, die Früchte dieser Rationalisierung zu genießen. Die Bedeutung des jetzt durchgeführten Produktions- und Konsumtionsstopps muß also darin erblickt werden, daß die Zuckerrückstände nicht Mindestpreise für die deutsche Zuckerindustrie bieten, sondern tendenziell gesenkt werden, und daß man nicht auf immer eine Industrie stabilisiert, deren Kostenniveau und deren Erhaltung auf die Dauer eine volkswirtschaftliche Verschwendung sein könnte.

Zweierlei nötig: einmal die Regelung der Getreidepriees, damit diese nicht unter die Kartoffelpriees sinken, zum zweiten aber die Erzeugung von Kartoffeln, deren Durchführung — wie Fröh Waack zeigt — eine Revolution in den marktwirtschaftlichen Bedingungen der deutschen Landwirtschaft bedeuten könnte. Nicht nur die Transportkosten würden sinken, sondern auch durch Vorratsbildung aus reichen Kartoffelernten könnten die verheerenden Preischwankungen wenn nicht ausgeschlossen, so zumindest stark abgemildert werden. Dadurch könnte auch der wilden Ausdehnung und Einschränkung der Schweineproduktion infolge der sprunghaften Verbilligung oder Verteuerung der Kartoffeln, die dort gerade zu so großen Preischwankungen führen, als dies bei den Kartoffeln der Fall ist, ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Privatwirtschaft ist aber nicht fähig, diese Aufgabe der Durchführung der Kartoffelerzeugung zu lösen. „Dazu wäre“, wie es im Gutachten heißt, „ein ganz anderes Maß von Kapitalkraft, von Ueberkraft über die Marktwirtschaftlichkeit und von Marktdurchdringung nötig.“ Allein gemeinwirtschaftlich ökonomisch ausgebaute Traktoren wären kapitalintensiv und marktbeherrschend genug, um auf diesem Gebiet dringend notwendige Vorratswirtschaft zu treiben, allein diese könnten in den Dienst der Stabilisierung der Kartoffelpriees gestellt werden. Zudem hat ein prinzipiell wirtschaftlicher Einzelbetrieb ganz andere Interessen als ein gemeinwirtschaftlicher: jener bedarf aus Gründen der prinzipiell wirtschaftlichen Rentabilität einer gleichmäßigen, tiefer aber aus allgemein volkswirtschaftlichen Interessen eine — je nach dem Ernteausfall — ungleichmäßige Beschäftigung, so sogar in Jahren einer knappen Ernte der Stilllegung. Der gemeinwirtschaftliche Ausbau der Kartoffelerzeugung könnte den kartoffelbauenden Landwirten helfen, ohne die luttarmittelverbrauchende Landwirtschaft und die städtischen Verbraucher zu schädigen.

Ein Stapelauf bei Schönow. Auf der Schönow-Werft in Danzig ist gestern das Motorfrachtschiff „Sauerland“ mit einer Tragfähigkeit von 10 000 Tonnen vom Stapel gelassen. Das Schiff gehört für den Ostafrikendienst der Hamburg-Amerika-Linie und ist der modernste Typ neuer Frachtdampfer.

Neue Anerkennung der Arbeiterbank. Kapitalerhöhung auf 12 Millionen.

Zur Verwaltung von Hypothekendarlehen, die einen besonderen gesetzlichen Schutz genießen, sind immer nur Banken von einer bestimmten Leistungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit zugelassen. Der preussische Bohlsfahrminister hat jetzt entschieden, daß auch die freigemeinnützige Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, zur Verwaltung von Geldern der Hypothekendarlehen zugelassen ist, ohne besondere Sicherheiten stellen zu müssen. Wir erblicken in dieser Entscheidung eine neue Anerkennung für die Bedeutung der Arbeiterbank im Wirtschaftsleben.

Wie wir erfahren, erhöht die Arbeiterbank ihr Kapital nicht auf 10, sondern gleich auf 12 Millionen. Das bedeutet also gegenüber dem bisherigen Aktienkapital von 4 Millionen Mark eine Verdreifachung. In sich war eine Kapitalerhöhung längst notwendig infolge des schnellen Anwachsens der Einlagen und des Geschäftsumfanges. Daß man jetzt aber gleich auf 12 Millionen erhöht, bedeutet für die weitere Aufwärtsentwicklung nur eine entsprechende beschleunigte Vorförderung. Die Lage der Arbeiterbank ist nach wie vor gut, auch die letzten Arbeitskämpfe haben die Vernechtung der anertrauten Gelder kaum nennenswert gehemmt.

Die 8 Millionen neue Aktien sind von den bisherigen Aktieninhabern gegen Zahlung des Nominalbeitrags voll übernommen. Bis Ende November 1928 hatte sich der Einlagenbestand der Arbeiterbank auf 114 Millionen erhöht. Es sind noch reichlicher Stärkung der Reserven wieder 10 Proz. Gewinne für die Gewerkschaften zu erwarten.

Zigaretten unter Preis.

Die Bezugstarif vom Kartellgericht für unzulässig erklärt.

In dem Kampf der Zigarettenfabriken gegen den Schleuderhandel mit Zigaretten hat gestern das Kartellgericht einen bemerkenswerten Beschluß gefaßt. Bekanntlich hatten sich die Zigarettenfabriken zu einem Tarif zusammengeschlossen und es sollten nur diejenigen Händler befristet werden, die sich auf einer Bezugstarif verpflichteten, nicht unter den von den Fabriken festgelegten Preisen an Wiederverkäufer oder Verbraucher Waren abzugeben.

Die Händler hatten das als Anbelung und geschwirdrige Sperre betrachtet, da sie bei einer Nichtunterzeichnung keine Zigaretten mehr geliefert erhalten sollten. Daher beantragten sie beim Landgericht eine einstweilige Verfügung dahingehend, daß diese Vorgabe der Zigarettenfabriken für ungesetzlich und sittenwidrig erklärt werde.

Das Landgericht hatte in der vorigen Woche dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung abgewiesen, weil fast alle Zigarettenfabriken sich dieser Vereinbarung angeschlossen hätten, und es sich also um die Aufrechterhaltung der Allgemeinheit handelte, so daß eine Sittenwidrigkeit nicht vorliege.

Daraufhin haben die Händler das Kartellgericht anrufen und beantragt, diese Vereinbarung für eine unzulässige Sperre zu erklären. Das Kartellgericht hat gestern eingehend über die Frage verhandelt und die Sperre für unzulässig erklärt, also den Standpunkt der klagenden Händler gebilligt.

Wann kommt die Kreditverbilligung durch die Reichsbank? Der Reichsbankausweis vom 7. Dezember ist wieder ein Beweis, daß eine Diskontsenkung möglich ist. Die Wechselbestände sind um 167,3 auf 2044,0 Millionen gesunken. Das sind 139 Millionen weniger als zur gleichen Zeit des Vormonats. Gleichzeitig ist dieser Wechselbestand ein neuer Rekord für dieses ganze Jahr. Die Bombardierungen haben sich um 57,3 Millionen verringert. Die Gelder auf Reichsbankgironoten liegen um 3,9 auf 479,3 Millionen. Der Umlauf an Reichsbanknoten nahm um 169,1 auf 4354,9, der an Rentenscheinnoten um 21,0 auf 500,3 Millionen ab. Der Papierumlauf der Reichsbank liegt damit um 12,5 Millionen niedriger als in der ersten Novemberwoche. Die Goldbestände sind wieder um 28,6 auf 2652,1 Millionen, der Bestand an bedungsfähigen Devisen um 3,9 auf 179,0 Millionen gestiegen. Die Notendekkung durch Gold allein beträgt 38,2 Prozent, für die erste Woche nach dem Monatsende rekordmäßig viel. Banmäßig ist die Lage der Reichsbank ungewöhnlich gut. Daß eine Diskontsenkung leichter als je möglich ist, zeigt noch die Ueberlegung, daß im Laufe eines Jahres die Deckungsbestände der Reichsbank für die umlaufenden Noten absetzt härter steigen sind als der Papierumlauf der Reichsbank zugenommen und der Wechselbestand der Reichsbank abgenommen hat.

Die Forschungsstelle für den Handel. Seit längerer Zeit ist unter der Leitung des Staatssekretärs z. D. Professor Julius Hirsch eine Forschungsstelle für den Handel bereits in Tätigkeit, die auf dem Gebiet des Groß- und Einzelhandels für ganz Deutschland Material beschaffen und die Forschungsergebnisse zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Handels bereitzustellen und verbreiten will. Bei einem Empfang in der Berliner Industrie- und Handelskammer wurde die Organisation der neuen Forschungsstelle bekanntgegeben. Die Gesellschaft von Freunden der Forschungsstelle für den Handel wird von Geheimen Regierungsrat Dr. Demuth von der Berliner Industrie- und Handelskammer als Vorsitzenden geführt. Dem Verwaltungsausschuß gehören Vertreter des Reiches, des preussischen Staates, der Industrie- und Handelskammer, der Spitzenverbände der Unternehmer, des Reichsinstitut für Wirtschaftlichkeit und der Berliner Handelshochschule an. Angefallene Verbände sind im Verwaltungsausschuß also nicht vertreten. Die Forschungsstelle selbst wird als Institut der Handelshochschule geführt werden. Ihre Leitung liegt bei einem Direktorium, für das neben Professor Julius Hirsch Dr. Engel vom Reichsverband des Deutschen Groß- und Einzelhandels und Dr. Tiburtius von der Hauptgenossenschaft des Deutschen Einzelhandels vorgeschlagen sind.

Günstige Textilgewinne bei Kolb u. Schütz-Türckheim. In dem für Süddeutschland bedeutenden Spinnerei- und Webereibetrieb Kolb u. Schütz A.-G. in Kirchheim sind die ausgewiesenen Gewinne für 1927/28 von 334 000 auf 330 000 Mark erhöht. Das Neben von der erheblich vergrößerten Textilfabrikum hat sich also selbst bei den ausgewiesenen Gewinnen noch nicht bemerkbar gemacht. Die Dividende ist mit 12 Proz. wie im Vorjahre wieder sehr hoch. Der Gewinnvortrag auf das neue Geschäftsjahr ist mit rund 46 000 Mark gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt. Der Konzern rentiert sich also ausgezeichnet.

Neue Regierungshilfe für den englischen Bergbau. Die 250 000 arbeitslosen englischen Bergleute, die noch wachsenden Verluste der letzten wachenlassen die englische Regierung zur Ergründung neuer Maßnahmen. Nach Ministerpräsident Baldwin soll dem Unterhaus bald ein Kabinettsplan vorgelegt werden, der neben der Schaffung von gemeinsamen Verkaufszentralen und Grundfragen für die Preisregulierung sowie den technischen Fortschritt eine kapitalmäßige Staatsgarantie für den Ausbau der englischen Kohlenverwertung vorsieht.

Gemeinwirtschaft für Kartoffeln.

Neue Wege in der Landwirtschaft.

Der landwirtschaftliche Unterausgleich des Enquete-Ausschusses veröffentlichte kürzlich ein Gutachten über die Lösung des Kartoffelproblems. Seine Vorschläge — gemeinwirtschaftliche Umgestaltung des Kartoffelabchtes — verdienen die größte Beachtung.

Das Grundübel bei der Kartoffelerzeugung sind — wie Genosse Fröh Waack im Dezemberheft der „Genossenschaft“ ausgeführt — die Preischwankungen, die je nach dem Ernteausfall, der wiederum hauptsächlich von der Witterung abhängt, ein gewaltiges Ausmaß annehmen. Im Jahre 1925 hatte die Kartoffelernte von 41,7 Milliarden Tonnen einen Wert von 1,3 Milliarden, 1926 eine um ein Viertel kleinere Ernte infolge der Preissteigerung einen Wert von 2,4 Milliarden Mark, das sind 30 Proz. über dem Wert der reichen Ernte des Vorjahres. Somit kann eine reiche Kartoffelernte für den Landwirt eine schlimmere Katastrophe bedeuten als eine Mißernte.

Der Preis muß bei reicher Ernte deshalb so stark fallen, weil Kartoffeln vornehmlich zu Speisegewinn verkauft werden; dieser Bedarf ist aber nicht „elastisch“, d. h. ändert sich nicht stark, ob die Preise hoch oder niedrig sind. Die Verbilligung der Kartoffeln — die andere wichtige Verwendungsart, vornehmlich für Schweinefleisch — sinkt aber wegen ihrer geringen Haltbarkeit auf Schwierigkeiten, da bei reicher Kartoffelernte eine entsprechende sofortige Steigerung des Schweinebestandes nicht möglich ist. Außerdem sind die Transportkosten für Kartoffeln, da sie infolge ihres hohen Wassergehalts ein großes Gewicht haben, zu hoch, was deshalb so wichtig ist, weil große Kartoffelüberschüsse hauptsächlich in Ostdeutschland erzielt werden, die Schweinefleisch dagegen im Westen (Hollstein, Hannover, Osnabrück, Westfalen) abgesetzt ist und heute bereits von Ostlandbedarf nahezu deckt.

Es wäre also erwünscht, die Verbilligung von Getreide durch die Verbilligung von Kartoffeln zu ersetzen. Hierzu ist

Zuckerzollvorlage im Reichstag.

Sozialdemokratische Fraktion für Sicherungen und Verbesserungen.

Der Reichstag nahm gestern zunächst die Abstimmungen zum Gesetz über die Ausdehnung der Unfallversicherung vor. Die Artikel 1 und 2 der Vorlage werden angenommen, ebenso einige weitere Artikel unter Ablehnung kommunistischer und sonstiger Änderungsanträge. Artikel 6 nimmt die Mitglieder geistlicher Genossenschaften und die Schwestern von Diakonissen-Kutterhäusern, die lebenslanglich versorgt sind, von der Versicherungspflicht aus. Dazu beantragte das Zentrum Gleichstellung der Schwestern jüdischer Kutterhäuser.

Abg. Laue Schröder (Soz.): Da wir nicht zweierlei Recht schaffen wollen, stimmen auch wir für diesen Antrag. Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Abg. Graef-Dresden (Komm.): Die Vorlage beendet die Zerstückelung der Versicherung nicht. Sie läßt ungenügende Renten weiterbestehen und trägt der unfallgefährdeten Aktionierung nicht Rechnung. Der Höchstlohn ist heute 75 M. Aber wann wird der gewährt? Ein Berliner, dem Säure das ganze Gesicht samt dem Magen bis zur völligen Erblindung verbrannt hat, erhält — nach einer Erhöhung um 10 M. — im Monat 50 M. (Lebh. hört, hört! links). Diese Vorlage kommt nur den Abbauwünschen der Rechten entgegen. Die Sozialdemokraten sollten zu ihren Worten stehen.

Abg. Karsten (Soz.): Uns kommt es nicht auf Phrasen an, sondern darauf, den Notleidenden zu helfen. (Rufe der Komm.: Freiwilliger Regierungsvorleser! Zahlreiche störende Zurufe.) Herr Graef, hier können Sie laute Töne reden, draußen laufen Ihnen die Leute vom Internationalen Bund der Kriegssopler zu Tausenden davon! (Sehr gut! bei den Soz.) Wir suchen hier durch Zusammenarbeit mit denjenigen Parteien, die dazu geeignet sind, (Geschr. der Komm.) den Besessenen zu helfen, da es uns hier nicht auf Agitation ankommt, sondern auf positive Arbeit (Sehr wahr! bei den Soz. — Gegenrufe der Komm.), lehnen wir die kommunistischen Anträge ab.

Auch der Rest des Gesetzes wird in der Ausschussfassung mit einigen Verbesserungen, die von den Sozialdemokraten beantragt sind, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die dritte Beratung wird ausgesetzt.

Die Zuckerzollvorlage.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage über die Erhöhung des Zuckerzolls. Die Vorlage erhöht den Zoll für Verbrauchs- und pro Doppelzentner auf 25 M., für andere feste und flüssige Zucker, Rübenzucker und Zuckerabfälle mit Ausnahme von Melasse sowie für Rübensaft und Ahornsirup auf 21 M. und für Melasse, die ein wertvolles Viehfutter ist, auf 4 M. § 2 bestimmt, daß wenn der Magdeburger Börsenzuckerpreis im Monatsdurchschnitt 21 M. für 50 Kilogramm übersteigt oder wenn ein solcher Preis länger als einen Monat nicht notiert worden ist, der frühere Zoll, der um 10 M. niedriger ist, wieder in Kraft tritt.

Abg. Toni Sender (Soz.):

Als 1925 der neue Zolltarif eingeführt wurde, haben wir betont, daß er die für die Landwirtschaft erhoffte Wirkung nicht haben

werde. Deren Interesse geht nach Stabilisierung der Preise. Die Konsumenten sind außerdem interessiert an genügender Beschäftigung und ausreichenden Löhnen. Fehlschlüsse und falsche Organisation können auch die jetzt vorgeschlagene Maßnahme zum Verfall bringen und große Preisschwankungen hervorrufen und damit schwere Unsicherheit in der Produktion. Der Ruhm dieser solcher Schwankungen ist der Spekulant. (Sehr richtig!) Die Aufgabe ist Stabilisierung der Preise und Sicherheit der Produktion. Selbstverständlich ist uns das ausländische, noch dazu soziale Dumping nicht weniger unangenehm als ein deutsches Dumping. Die Zweckbestimmung der Vorlage, das tschechische Dumping abzuwehren, muß noch deutlicher herausgearbeitet werden. Die Preisfestsetzung muß so erfolgen, daß der Konsum nach gesteigert wird. Wir behalten uns entsprechende Anträge vor. Den in der Vorlage vorgesehenen Preis halten wir für zu hoch. Die Zuckerindustrie hat zugegeben, mit weniger als 21 M. auskommen zu können. (Zurufe rechts.) Wenn Ihnen das ganze Risiko abgenommen wird, brauchen Sie nicht den höchsten Preis der ganzen Welt zu nehmen! (Lebh. Zustimmung links.) Höchstpreisfestsetzungen sind in der Vergangenheit durch Börsenmanöver umgangen worden. Der Wiederholungs muß vorgebeugt werden. Gewisse Vorgänge an der Magdeburger Zuckerbörse zeigen bereits die Notwendigkeit. Der Finanzminister müßte ermächtigt sein, wenn der Zuckerpreis steigt, den Zoll um 10 M. und noch mehr herabzusetzen, und zwar ohne Befragung des Parlaments. Wenn es der Landwirtschaft Ernst ist mit ihrem Verlangen nach Produktionsschutz ohne Preis-erhöhung, so treten Sie unserer Forderung bei!

Wie machen unsere Stellungnahme zu dem Gesetz von den Verbesserungen und Sicherungen abhängig, die es im Ausschuss erhalten wird.

Eben erst hat der Hanfband nach der freien Wirtschaft geschrien — hier aber fordern die Zuckerproduzenten Hilfe vom Staat. Man will jetzt den Produzenten das Risiko abnehmen. Wenn Sie Staatshilfe fordern, so geben Sie damit zu, daß die liberale Idee abgewirtschaftet hat und daß Sie, ob Sie wollen oder nicht, auf die Bahnen einer anderen Wirtschaft gezwungen werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Hoernle (Komm.) bekämpft die Vorlage. Der Eiergang der Vorrednerin könne nicht die Tatsache verschleiern, daß die Sozialdemokratie einverstanden sei mit einer unerhörten Mehrbelastung der Zuckerkonsumenten. Trotz aller theoretischen Befehntnisse zur Weltwirtschaftskonferenz werde hier von der sozialdemokratisch geführten deutschen Regierung ein neuer Anstoß zur Erhöhung der internationalen Zollmauern gegeben.

Das Gesetz geht an den handelspolitischen Ausschuss. Ein kommunistischer Antrag betr. Weihnachtsbeihilfen wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Um 1/2 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3 Uhr nachmittags: dritte Beratung des Gesetzes über Unfallversicherung, zweite Beratung des Gesetzes über Saisonarbeitslosigkeit sowie zahlreiche Anträge und kleine Vorlagen.

Vertreter ersucht, wenigstens als äußersten Termin für die Einbringung der neuen Regierungsvorläge den 1. Oktober 1929 einzusehen, damit eine gewisse Gewähr für die Erhebung der neu zu regelnden Steuer im Jahre 1930 gegeben sei.

Nachdem ein kommunistischer Redner Angriffe auf die Sozialdemokratie gerichtet hatte, verwies Abg. Kell (Soz.) auf die schon in einer früheren Sitzung abgegebene Erklärung, daß die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich der Aufhebung der Steuer widerspreche. Sie habe nur einer kurzfristigen Aussetzung der Steuer zugestimmt, da zuzugeben sei, daß ihre Durchführung gegenwärtig auf Schwierigkeiten stöße. Da die Stellung anderer Parteien zu der Steuer eine andere sei und die Möglichkeit der Annahme des deutschnationalen Antrags bestehe, sei es die Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen, eine Mehrheit zu bilden für eine sobaldige Neuregelung der Steuer. Die Sozialdemokratie habe daher bei Vorbereitung des gestellten Antrags auf eine möglichst kurze Frist hingewirkt. In derselben Richtung liege der nun von der preussischen Regierung gemachte Vorschlag, als letzten Termin für die von der Regierung zu machenden Vorschläge den 1. Oktober 1929 einzufügen. Diesen Vorschlag sollten die Antragsteller ernstlich erwägen.

In der weiteren Debatte erklärte Abg. Becker (D. Sp.), daß er seiner Partei die Freiheit gegenüber dem deutschnationalen Antrag vorbehalte, falls die Sozialdemokratie einer Änderung des gestellten Antrags zustimme.

Nachdem Abg. Kell (Soz.) erklärt hatte, daß die Sozialdemokratie sich den neuen Einwänden der Ländervertreter nicht verschließen könne, und dem von den Kommunisten als Antrag angenommenen preussischen Vorschlag zustimmen werde, führte die Abstimmung zu dem oben mitgeteilten Ergebnis.

Die Rürburg-Vorlage.

Keine Vorwegberatung. — Zurückstellung bis zum Februar.

In der Mittwochssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde endlich die Aussprache über die Gewährung von Zinsverbilligungen für Darlehen an deutsche liquidationsgeschädigte Exporteure zu Ende geführt. Eine größere Zahl von Fraktionen vereinigte sich auf einen neuen, von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, der verlangt, daß in den Haushalten 1929 ein erster Teilbetrag von einer halben Million einer auf einen Zeitraum von fünf Jahren sich verteilenden Gesamtbewilligung zum Zweck der Zinsverbilligung für wieder aufzubauen exportierende Liquidations-, Gewalt- und Ausgleichsbeschädigte eingesetzt werde. Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben.

Die Beratung wandte sich sodann der Rürburg-Vorlage zu, über deren Inhalt wir vor wenigen Tagen berichtet haben und durch die das Reichsoberverwaltungsamt den Haushaltsausschuss ersucht, der außerplanmäßigen Herausgabe eines Betrages von zwei Millionen in 1928 zur Förderung des Rürburgringes zuzustimmen.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung machte Genosse Heimann als Vorsitzender schwere etatsrechtliche Bedenken gegen die sofortige Beratung geltend. Alle die verschiedenen Subventionvorlagen, mit denen der Ausschuss sich zuerst befaßt hatte, wollten Angelegenheiten, die ordnungsgemäß bei der Feststellung des Reichshaushalts für 1929 zu erledigen gewesen wären, vorweg durch Beschlüsse des Haushaltsausschusses entschieden haben, da sie angeblich alle so eilig wären, daß bis zur Beratung des Etats nicht gewartet werden könnte. Nach all den Erfahrungen aber, die man bei diesen Vorlagen gemacht habe, sei er sehr skeptisch gegen die Begründung der Eilbedürftigkeit geworden und er habe sich auch aus dem Studium der Vorlage nicht überzeugen können, daß die Erledigung nicht bis zum Februar zurückgestellt werden könne. Komme der Etat auch spät, so werde er doch jedenfalls bis zum Februar vorliegen. Die Art, wie die einzelnen Ressorts jetzt kritische Fragen durch ein Votum des Haushaltsausschusses vor dem Etat erledigt zu haben wünschen, führe zu einer Trübung des Staatsbildes, mit der er sich nicht einverstanden erklären könne. Er biete daher um Zurückstellung der Beratung bis zur Behandlung über den Etat.

Gegen diese Ausführungen wurde von dem Reichsoberverwaltungsminister Dr. v. Guérard, dem preussischen Staatssekretär Dr. Scheidt und anderen preussischen Kommissaren sehr lebhaft polemisiert. Die Vorschläge des Vorsitzenden wurden indessen von den Fraktionen der Sozialdemokraten, Demokraten, Volksparteier und Deutschnationalen unterstützt, und nach längerer Aussprache wurde die Zurückstellung bis Februar beschlossen.

Wilhelm geht seinen Gassgebern auf die Nerven. In der Zweiten Kammer Hollands berichtete der sozialistische Abgeordnete Bliegen über ein Telegramm, das Wilhelm II. an ein bayerisches Regiment geschickt hat, und worin er es als sein Regiment bezeichnete. Bliegen betonte, daß dieses Vorgehen Wilhelm den primitivsten politischen Takt verleihe und völlig unzulässig sei. Der Minister erklärte in seiner Antwort, der ehemalige Kaiser habe sich um zehn Jahre in der Zeitrechnung getrennt. Schwierigkeiten seien durch den ehemaligen Kaiser nicht entstanden.

Aus der Partei.

Warnung.

Ein Vorkommnis, von dem der Parteivorstand erst jetzt Kenntnis erhalten hat, zeigt, daß es geschäftstüchtige Leute gibt, die unter dem edelsten Vorwand, mit dem Parteivorstand in Geschäftsverbindung zu stehen, an anderer Stelle geschäftliche Vorteile zu erlangen suchen. In einem Falle ist das gelungen und hat zu einer Schädigung der Betroffenen geführt, weil sie sich mit diesen Leuten ohne die geringste Erkundigung beim Parteivorstand einließen.

Der Parteivorstand warnt deshalb öffentlich davor, irgend jemandem, der sich darauf beruft, mit ihm in Geschäftsverbindung zu stehen, ohne persönliche Prüfungsnahme mit dem Bureau des Parteivorstandes, Berlin, Lindenstr. 3, in geschäftlichen Angelegenheiten Glauben zu schenken.

Berlin, den 12. Dezember 1928.

Der Parteivorstand.

Sozialistische Minderheitspolitik in Südosteuropa.

Die Sozialistische Partei Jugoslawiens hat an die österreichische Sozialdemokratie das Ersuchen gerichtet, das österreichische Schulgesetzprojekt über die Organisation des Schulwesens für die nationalen Minderheiten den sozialistischen Parteien in Jugoslawien, Ungarn und Rumänien zur Information zuzusenden, und sobald wie möglich eine gemeinsame Konferenz für diese Parteien einzuberufen. Diese Konferenz soll auf der Grundlage des österreichischen Projekts ein gemeinsames Programm der vier Parteien ausarbeiten. Die Konferenz soll in Klagenfurt oder Maribor stattfinden.

Preußens Etat 1929.

Etatrede Höpfer-Abschoss im Landtag.

Der Landtag erledigte am Mittwoch zunächst einige kleinere Vorlagen und überwies darauf einen kommunistischen Antrag, der die Mitte Januar 1929 fällige zweite Hälfte der für die Abblöhung der örtlichen Sonderzuschläge an die in Frage kommenden Beamten zu zahlenden Abfindungsbeträge noch vor dem 25. Dezember 1928 zur Auszahlung bringen will, dem Hauptauschuss.

Hierauf begann die erste Lesung des Etats für 1929 mit einer Rede des

Finanzministers Dr. Höpfer-Abschoss

der zunächst einen Rückblick über die finanzielle Entwicklung Preußens in den letzten Jahren gibt. Danach sind die Ueberschüsse von 1924 zur Befriedigung zurückgebrannter Bedürfnisse verbraucht worden. Da jetzt die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten habe und die Reparationsleistungen den Höchstbetrag erreichen, sei mit einer Zunahme der Steuereinnahmen nicht mehr zu rechnen. Diese Tatsache kennzeichnet die ernste Lage der öffentlichen Finanzen. Der Zuschußbedarf der preussischen Verwaltung ist von 1488 Mill. RM. im Jahre 1925 auf 1596 Mill. RM. im Jahre 1928 gestiegen; für 1929 wird er mit 1616 Mill. RM. veranschlagt. Diese Steigerung sei im wesentlichen durch die Besoldungsreform verursacht, die bei den Bezügen der unteren Beamten etwa 150 Proz., bei den mittleren Beamten 130 Proz. und bei den höheren Beamten 120 Proz. der Friedensbeträge ausmache. Die Besoldungsreform, die eine Staatsnotwendigkeit gewesen sei, sei aber ohne Steigerung der Einnahmen und ohne Droßleistung der außerplanmäßigen Ausgaben nicht durchzuführen gewesen. Deshalb müsse die Besoldungsbewegung endlich zur Ruhe kommen.

Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind stärker gewachsen als die des Staates. 1928 haben sich Einnahmen und Ausgaben nach dem Gleichgewicht gehalten. Im ersten Halbjahr hätten zwar die Reichsteuerüberweisungen den Voranschlag um 22,5 Mill. RM. überschritten. Für die zweite Hälfte komme aber eine solche Ueberschreitung nicht mehr in Frage, da das Steuererleichterungsgesetz am 1. Oktober in Kraft getreten ist. Soweit die preussischen Steuern im ersten Halbjahr hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, würde der Fehlbetrag erfahrungsgemäß später wieder aufgeholt. Auch die Grundvermögenssteuer werde einen kleinen Mehrbetrag bringen.

Der Minister wies dann auf die Abschlußzahlen des Etats hin. Danach schließt der Brutto-Etat in Einnahme und Ausgabe mit 4172 Mill. RM. ab, das ist ein Mehr von 64,5 Mill. RM. Der Netto-Etat aber weist eine Mehrausgabe von nur 21 Mill. RM. aus, die sich daraus erklären, daß die reinen Verwaltungsausgaben um 12 Mill. RM. gestiegen sind. Davon würden 10 Mill. RM. durch geringere Bau-Unterhaltungsausgaben wieder wettgemacht. Dann fordere die Schuldentilgung eine Mehrausgabe von 13 Mill. RM. und die zum erstenmal zu zahlende Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Staatsangestellten und Arbeiter, eine soziale Einrichtung, die nur begründet werden kann, ein Mehr von 5 Mill. RM. Alle diese Mehrausgaben von rund 20 Mill. RM. werden durch höhere Erträge der Staatsbetriebe und der Grundvermögenssteuer wieder einzubringen sein. Die im März 1929 ablaufenden Steuererleichterungen werden vorläufig noch verläutert werden müssen, da das Steuererleichterungsgesetz des Reiches wohl frühestens am 1. April 1930 in Kraft treten könne.

Im Reichsrat habe Preußen bei der Vereinfachung des Steuerwesens das Reich nachdrücklich unterstützt.

Preußen wolle dem Ganzen dienen und nicht staatsliche Souveränitätsrechte ins Feld führen. Damit werde eine wesentliche Vereinfachung der Realsteuern und eine Zusammenfassung und Verein-

leichung der zerstückelten Steuerverwaltung eintreten. Im übrigen sei der Etat nur ausgleichend gewesen, daß man einmal auf den realistischen Ueberschuh von 1924 in Höhe von 18 Mill. RM. zurückgegriffen und ferner 25 Mill. RM. Entschuldigungsforderungen gegen das Reich eingekesselt habe, eine Forderung, die allein an Zinsen begründet sei. Insgesamt belaufen sich die preussischen Ansprache an das Reich wegen verlorenen Staatselgents und aus dem Uebergang der Eisenbahn auf 5,8 Milliarden RM. Gegenüber den stürmischen Forderungen der anderen Länder an das Reich sei die nachdrückliche Auffassung dieser Forderungen besonders nützlich.

Aus dem Anleihe-Etat geht hervor, daß Preußen bis jetzt circa 800 Mill. RM. Anleihen für werdende und produktive Zwecke bewilligt habe. Es sei bedenklich, daß die Anleihen hinter den Anleihebedarf von 150 Mill. RM. Voranschläge auf Anleihekosten gegeben sind. Davon sind ein Teil durch die letzten Anleihen der preussischen Elektrowirtschaft abgedeckt worden. Man müsse sich vor einer Ueberschätzung der Anleihebedürftigkeiten hüten und die Anleiheausgaben stärker droffeln. Immerhin sei das Verhältnis der Anleihen zum preussischen Vermögen, das man auf 7,29 Milliarden RM. schätzen müsse, günstig.

Die starke Anspannung des Etats beweise aber, daß nach Artikel 65 der Verfassung künftig nur Mehrausgaben beschlossen werden können, wenn auch gleichzeitig die Deckungsmassnahmen vorhanden sind.

Der Minister erklärte schließlich, daß mit Krisen in der Wirtschaft, auch in der Landwirtschaft, nicht zu rechnen sei. Eine besonders große Aufgabe habe die Kultusverwaltung. Wenn in Preußen die Kultusaufgaben von 32 Proz. im Jahre 1918 auf 43 Proz. des Zuschußbedarfs 1929 gestiegen sind, so sei das der beste Beweis dafür, daß im größten deutschen Lande die Entwicklung der geistigen Kräfte im Volke voranschreite. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag mittag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die große politische Aussprache über den Gesamtetat.

Besteuerung der toten Hand.

Der Steuerausschuss für zweite Aussetzung der Erhebung

Der Steuerausschuss des Reichstags lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der Deutschnationalen, die Grunderwerbsteuer der toten Hand aufzuheben, mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller und der Deutschen Volkspartei ab. Angenommen wurde ein von Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten beantragter Gesetzentwurf, der bestimmt, daß die Veranlagung und Erhebung der Steuer bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung ausgesetzt wird. Weiter wurde eine von denselben Antragstellern eingebrachte Resolution angenommen, die von der Reichsregierung sobald wie möglich, spätestens bis zum 1. April 1930, Vorschläge darüber verlangt, ob und inwieweit die bestehenden Vorschriften über die Besteuerung der toten Hand den vorändernden wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen anzupassen sind. Sollte eine neue gesetzliche Regelung nicht zustande kommen, so treten am 1. Januar 1931 die bisherigen Vorschriften wieder in Kraft.

Vertreter der preussischen und der mecklenburgischen Regierung erhoben in Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinden, die an der Steuer beteiligt sind, starke Bedenken gegen die Auslegung der Erhebung der Steuer. Der preussische

Der Stärkere.

Von Jeppe Kalljaer.

Ein ohrenbetäubender Spektakel drang aus einem Feinsekt auf dem Marktplatz.

Der Kärm rührte von sechs, sieben Männern her, welche drinnen hinter der Leinwand saßen und Kaffeepünche tranken, und sich im Laufen, in Brauereien und in anderen Heidenäten zu überdies hielten. Es war eine hübsche Auswahl der schärfsten Trunkenbolde der Gegend, welche auf dem Markt nichts anderes zu tun hatten, als soviel Kaffeepünche wie möglich hinter die Binde zu stecken.

Der Mittelpunkt der Gruppe war der ritzige Schmied aus Angedool, der für gewöhnlich lässig und schlaff mit gewaltigen Knien in den Hosen herumging und nicht wußte, was er mit seinen vielen Kräften anfangen sollte. Heute, wo jede Pore an ihm Branntwein aufschwollte, und der Kautabak in sein struppiges Kinn 111 schrie, glänzte er wie ein Mond zwischen den Heidehügeln.

Er kratzte sich förmlich nach einer Schlägerel. Seine rechte Faust war keinen Augenblick ruhig. Bald schlug er einem der Zehnpfennigen den Hut über die Ohren, bald ließ er seine rauhe Hand wie einen Schrubber über ein trauriges Gesicht gleiten, daß die Haut mitfolgte.

Der Beleidigte sah zur Seite, glättete die schlimmsten Beulen und verbarg seinen Kummer hinter der Punschdose.

Der Schmied hatte eben einen großen Triumph gefeiert. Auf seinen Vorschlag wurde rund um den Tisch herum die „Hand gewendet“. Das war ein Scherz, den auch der Wirt gern sah, da er der Anlaß wurde, daß verschiedene Kaffeelassen auf den Fußboden gesetzt wurden, so daß neue Bestellungen gemacht werden mußten. Die Ellbogen wurden senkrecht auf die Tischplatte gepflanzt, die Finger ineinander geschraubt, die Sehnen spannten sich, daß das Blut hervorsprang. Aber der Schmied legte Hand auf Hand wie einen Handschuh auf die Tischplatte. Das war ein Zug, den die Leute noch mehrere Tage nachher in Arm und Hand verspürten.

Jetzt hatte der erfinderische Schmied einen neuen Einfall bekommen. Das Spiel bestand darin, daß zwei Männer sich mit ausgestreckten Beinen, die Stiefelsohlen gegeneinander, auf den Fußboden setzten, während sie die Hüfte um einen Stock spannten, den sie zwischen sich hielten. Der, welcher den Gegner hinüberzog, hatte gewonnen.

Der Schmied hatte sie alle bis auf einen hinübergezogen, und dieser würde auch seinem Schicksal nicht entgangen sein, wenn der Stock nicht mittendurch gebrochen wäre.

Nun war es unglücklichweise der Stock des Schmieds, welcher zerbrach. Das Mißgeschick führte zu einem heftigen Wortwechsel. Der Schmied war gerade im Begriff, sich über seinen Gegner zu werfen, als sich etwas in die Luft wandte und das Jellies bohrte, so daß sich eine große Beule im Leinen bildete. Der Schmied, der sich in der Nähe der Wand befand und glaubte, daß eine namentliche Person hineindringen und sich in ihren Streit mischen wollte, schloß seine gewaltige Faust mit einem kräftigen Schlag gegen die Beulenbeule. Im gleichen Augenblick zerbrach die mürbe Wand, und ein paar dicke Hörner und eine verwogene Stirn kamen zum Vorschein. Ein wilder Stier mit glühenden Augen und einem Ring in der Nase sprengte durch die Öffnung hinein und sah sich während in dem Lokal um. Im nächsten Augenblick hatte er mit einem einzigen Schlag des Horns den langen Trinktisch in die Höhe gehoben. Da Tisch und Bank zusammenhängen, rasselten fünf, sechs Wannen mit Branntweingläsern, Tassen, Flaschen, Rahmschale und Teelöffeln in einem Hausen hinter die Tischplatte; zitternd blieben sie liegen, ohne Hand oder Fuß zu rühren.

Der Schmied war jetzt der einzige Aufrechtstehende. Er verlor die Stier am Rosening zu erfassen, aber im gleichen Augenblick wurde er umgestürzt, mit den Hörnern ergriffen und so hoch in die Luft geschleudert, daß er im Niederfallen schräg über einen der Querbalken des Jellies zu sehen kam. Mit Aufbietung aller Kraft hatte er sich fest, obgleich es ihm in allen Gliedern schmerzte. Der Stier stieß ein Gebrüll aus und sprang zu ihm hinauf, aber der Schmied sah ihm zu hoch, und das wilde Tier wandte seine Aufmerksamkeit jetzt den anderen Seiten des Lokals zu.

Jetzt stürzte es gegen den Hintergrund des Jellies. Aber als die dicke Wirtin sah, was ihr drohte, verschwand sie mit einem Schrei ins Freie. Der Stier fiel jetzt einen roten Kupferkessel an, der voll von kochendem Kaffee war. Mit dessen Hentel als Siegespropäe um das eine Horn geschlungen, ging das Tier mit einem rasenden Gebrüll an der entgegengesetzten Seite durch die Leinwand.

Jetzt kam wieder Leben in die Männer hinter der Tischplatte. Sie erhoben sich einer nach dem anderen und schüttelten sich. Der Schmied heulte und jammerte von seiner halb hängenden Stellung am Querbalken. Als man ihn endlich wieder auf die Erde bekam, hatte ihn aller Humor verlassen. Das Schlüsselstein war an zwei Stellen gebrochen, Arme und Beine waren in ihrer ganzen Länge krumm gefeuert.

Der Stier, der von dem kochenden Kaffee, welcher aus dem Kessel spritzte und ihm in braunen Streifen über die breite Schnauze rannte, ganz wild geworden war, wurde erst nach einem fürchterlichen Kampf zwischen Kuchenzelten und Apfelbuden wieder eingefangen. Nie hätte man, so lange man in Angedool zurückdenken konnte, den Schmied so wüthend und reumütig von einem Markt nach Hause kommen sehen. Aber es war auch wohl das erste Mal, daß er bei einer solchen Gelegenheit einen Stärkeren getroffen hatte.

Aus der Geschichte der Feuerbestattung.

In diesen Tagen ist ein halbes Jahrhundert vergangen, seitdem in Gotha das nach Plänen Friedrich Siemens' erbaute erste Krematorium Deutschlands eröffnet wurde. Zwei Jahre vorher hatte man in Italien die Feuerbestattung eingeführt, die sich in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Schweden, England, der Schweiz sowie namentlich in Nordamerika eingebürgerte, wo sie schon bei den Urvölkern des Landes üblich war und bis heute die Begräbnisart von verschiedenen Indianerstämmen dauernd angenommen worden ist. — In Frankreich wurde das erste Krematorium 1869 in Paris eröffnet. Da die Feuerbestattung in Deutschland damals noch verboten war, bekam Berlin erst verhältnismäßig spät, lange nach Gotha, Heidelberg und Hamburg, ein Krematorium, während es bereits längere Zeit ein Kolombortum gehabt hatte.

Zu Beginn der siebziger Jahre setzte in Italien, England,

Deutschland und in der Schweiz eine lebhafte Bewegung zugunsten der Leichenverbrennung ein. Gottfried Kinkel forderte auf dem ersten internationalen Kongress für Feuerbestattung die Einführung der Verbrennung. Bereits 1849 hatte sich Jakob Grimm in seiner Akademierede „Ueber das Verbrennen von Leichen“ als begeisterter Anhänger der altgermanischen Sitte der Feuerbestattung bekannt, ihre Wiedereinführung jedoch für unmöglich erklärt: „Wir können nicht wieder zu den Gewohnheiten ferner Vergangenheit umkehren, nachdem sie einmal nach langen abgelegt worden sind. Sie stehen jetzt außer Bezug auf unsere übrige eingewohnte Lebensart und würden, neu eingeführt, den seltsamsten Eindruck machen.“ Byron schwärmte für die in Goethes „Brau von Choralin“ verherrlichte Leichenverbrennung: „Höre, Mutter, nun die letzte Bitte: Einen Scheiterhaufen schichte du; / Dessene meine bange kleine Hütte, / Bring' in Flammen Liebende zur Ruh'. / Wenn der Funke spritzt, / Wenn die Asche glüht, / Eilen wir den alten Göttern zu.“ Diese Verse gaben ihm den Gedanken ein, seinen 1822 so jäh aus dem Leben geschiedenen Freund, den Dichter Shelley, an der Küste von Livorno auf einem Scheiterhaufen verbrennen zu lassen: „Denke dir,“ so heißt es in einem seiner Briefe, „die öde Küste und das Gebirge als Hintergrund, dazu vorn das Meer und das seltsame Licht der Flammen, die von Salz und Weibrauch gepeist wurden. Alles an Shelley wurde ausgezehrt, nur sein Herz nicht. Es widerstand den Flammen und wird nun in Weinspiritus aufbewahrt.“

Schon in uralten Zeiten war die Leichenverbrennung neben der Erdbestattung üblich. Die Israeliten entschlossen sich nur im Notfall, bei Epidemien und während eines Krieges, dazu, ihre Toten den Flammen zu übergeben. Die Ägypter übergab man der Erde und ehrte dadurch den alten Brauch. Die vedischen Arier Indiens hatten beide Formen der Bestattung nebeneinander; ebenso

die Römer des klassischen Zeitalters, bis die Verbrennung, die im Anfang schon wegen der hohen Kosten das Reservatrecht der Reichen und Vornehmen war, allgemeiner wurde. Als einer der ersten Patrizien ließ sich Sulla (gest. 78 v. Chr.) verbrennen, um eine Verhinderung seiner Leiche zu verhindern, wie er selbst sie bei Marius vornahm. Zur Aufnahme der Urnen mit der Asche der Toten hatten die Römer schon in Rom selbst wie in ihren Kolonien (z. B. in Köln und Jerusalem) Kolombortien. Im römischen Reich war die Feuerbestattung zur Zeit Julius Cäsars, über dessen prunkvolle Verbrennung wir eingehende Berichte besitzen, bereits allgemein üblich. — In Griechenland herrschte anfänglich die Sitte der Erdbestattung vor, später bürgerte sich die Leichenverbrennung mehr und mehr ein, doch vermochte letztere erstere niemals ganz zu verdrängen.

Die alten Germanen pflegten ihre Toten, namentlich ihre Führer, mit großem Gepränge den Flammen zu übergeben. Inmitten seiner Waffen und Kostbarkeiten bettete man den Verstorbenen auf den Holzstoß, ihm zur Seite die Weibchen (Sklaven) und Tiere (Pferde usw.), die als Totenopfer gleichzeitig verbrannt wurden, da, wie man glaubte, alles, was mit ihm in Flammen aufging, dem Toten ins Jenseits folgen mußte. Dieser grausamen Sitte fiel bisweilen auch die Frau des Verstorbenen zum Opfer. Der Holzstoß wurde mit einem dem Donar geweihten Hammer berührt und unter Segenswünschen für eine glückliche Fahrt nach Walhall entzündet. Die Asche des vornehmen Toten sammelte man in einer Urne und setzte sie im Schutz mächtiger Felsblöcke bei, während die niederen Stammesgenossen sich mit einem Platz im gemeinsamen Hügelgrabe begnügen mußten. Nach Einführung des Christentums, besonders, nachdem Karl der Große die Leichenverbrennung bei Todesstrafe verboten hatte, kam bei unseren Vorfahren die Erdbestattung in Aufnahme. E. E. R.

Ungeheuer des Wassers.

Von William Beebe.

Aus: William Beebe, Des Arcturus-Abenteuer. Die erste Tiefsee-Expedition der New Yorker Zoologischen Gesellschaft. Herausgegeben von W. G. N. Strauchhaus in Leipzig

Es gibt zwei Arten von Sensationen, mit denen die Wissenschaft aufwartet: die eine ist das Ergebnis langer, geduldiger, scharfsinniger Untersuchungen. So zum Beispiel, wenn jahrelange astronomische Berechnungen ergeben, daß die Bewegungen gewisser Himmelskörper nur durch das Vorhandensein einer unbekannt großen erklärt werden können, und eines Tages wird dann dieser unbekannt aber vermutliche Stern genau an der Stelle gefunden, wo ihn die mathematische Notwendigkeit vorausgesagt hatte.

Eine andere Sensation liegt in einer völlig unerwarteten Entdeckung. Nacht für Nacht schwammen am Lukenrande des Lichtkugels der elektrischen Fallreep-Lampen unserer „Arcturus“ kleine weiße Punkte auf dem Wasser. Vergebens versuchten wir, sie mit dem Netz aufzufischen. Als und zu vereinigen sich mehrere zu einer langsam dahingleitenden, welligen Reihe. Schließlich gelang es Serge Chelnykin, obzwar er beinahe ins Wasser gefallen wäre, ein Stück aufzuschöpfen und in einen kleinen Topf zu werfen. Zu meinem Erstaunen erkannte ich, daß es ein Papiernautillus war, mit anderen Worten ein verkleinerter Krake mit der zartesten Schote der Welt. Ich habe niemals ein Tier von jähzorniger Gemütsart gesehen — wir nannten es sofort „die böse Sieben“. Kaum hatte ich sie in ein kleines Aquarium verlegt, als sie zornig eine Seilwolke ausspitzte; wir mußten zweimal den Behälter wechseln, bis ihr Tintenbeutel entleert war und ich sie klar beobachten konnte.

Sie sah ruhig auf dem Boden und schlang ihre vielen Arme um die schöne braun und weiße Schote. Sobald aber mein Gesicht sich dem Glas näherte, stürzte sie rückwärts und vorwärts, schob direkt auf mich zu oder stieß in die gegenüberliegende Glaswand und zog sich schließlich in eine Ecke zurück. Gehässig spritzte sie hier Wasserstrahlen aus ihrem Trichter, bis ich ihr einen kleinen Fisch gab. Unliebendwürdig riß sie ihn an sich, biß den Kopf ab, fraß den Körper und lastete dabei mißtrauisch mit drei oder vier Armen in meine Richtung.

Zwei Tage später bekam sie einen solchen Wutanfall, daß sie sich ganz und gar aus ihrem Gehäuse herausstürzte. Ich hob es sorgfältig auf und fand darin noch ihre Eier vor. Ich zählte etwa eintausenddreihundert Stück. Es waren an beiden Enden gleichgestaltete Ovale, ungefähr 10 bis 15 Millimeter lang, mit einem winzigen Faden an dem einen Ende, der sie lose zusammenhielt. Das Ganze sah genau aus wie eine verkleinerte Weintraube; die kleineren Stiele wuchsen aus größeren hervor, die ihrerseits einem gewundenen Mittelstamm entsprossen. Die Embryonen befanden sich auf verschiedenen, weit vorgezeichneten Entwicklungsstufen; die zukünftigen Augen der jungen Argonauten waren durch große, rote Flecken angezeigt.

Das Gehäuse des Papiernautillus wird durch zwei große, flache Lappen an den Armen verdeckt; früher glaubte man, daß der glückliche Besitzer bei ruhigem Wetter an die Oberfläche käme, sich gemütlich in seiner Schote zurücklehne und die beiden breiten Arme als Segel emporhob. Ein solches Kunststück dürfte eigentlich nur in Sicht der tangentialen Flossen im Sogoffamerer vorgeführt werden.

Ich wurde nie müde, die gefangenen Tintenfische und Kraken zu beobachten. Kurze Zeit, nachdem wir den Nautillus geborgen hatten, fing Serge mit der ihm eigenen Geschicklichkeit einen 60 Zentimeter langen Tintenfisch, den ich lange studierte. Er bespritzte uns über und über mit Sepia und biß uns in die Hände, ehe wir ihn in ein Aquarium verstauben konnten. Als er sich beruhigt hatte, bewegten sich seine Höder in langsamem Takt, wobei eine solche Fülle von Farben über den Körper spielte, daß man neue Worte erfinden müßte, um sie zutreffend zu beschreiben: rote, schwarze, braune, gelbe Töne rollten, wogten, sprangen ins Auge, während die Farbstoffzellen sich zusammenzogen und ausdehnten; es war eine lebende, flüssige Palette.

Die stieren Augen waren rot und von einer erstaunlich firkelblauen Farbe; selbst auf ihnen wuchsen und vergingen scharlachrote Flecke — sie verschwanden vollständig, um im nächsten Augenblick wieder zu erscheinen und sich zu vereinigen, wodurch aus

Türkisen Karneole wurden. Ich blickte in die unheimlichen, schmalen, fahnenartigen Pupillen; sie schienen den ganzen geheimnisvollen Schrecken auszudrücken, der die Dinge umweht, die es auf dieser Gotteswelt nicht geben dürfte — Dinge, wie diese ungeheuerlichen, quappigen Wesen, denen Schnecken, Nautillus und Auster Geschwister sind — Wesen, die sich nicht einmal wie die beschiedenen Seealgen höheren Strebens in der Jugendzeit rühmen können. Sie sind Schalentiere und nichts weiter. Und trotzdem besitzen sie ein Auge, das ebenso hoch oder höher entwickelt ist als das unsere. Wenn einem niederen, wassersüchtigen Ding ein solches „Fenster der Seele“ gegeben ist, fragt man sich, welches Geheimnis, welches ungeheures Werkstück es dafür wohl in Tausch gegeben hat, wozu dunkles Geschäft da in einem ruhigen „Bureau d'Exchange de Naup“ abgeschlossen worden ist. Das Vorhandensein einer Hand oder eines Fußes, den Gliedmaßen unendlich höher stehender Wesen nachgebildet, würde uns nicht so in Erstaunen setzen — aber das Auge in diesem Körper, das dürfte nicht sein.

Ehe wir uns unter den kleinen Bewohnern der Hochsee verlieren, wollen wir einen Blick auf ihren Gegenpart werfen. Tag für Tag sichtigten wir vom Ausguck der Brücke die Ungeheuer der Meeresoberfläche; es waren veringelte Krumpfschiffe von solcher riesenhafter Größe, daß der Mann der Wissenschaft besser tut, sie nur eben außerordentlich groß zu nennen, solange sie sich außerhalb des Bereiches des Ulenmaßes halten. Ein Vale könnte ohne Hebertreibung als Vergleich ein senkrechtiges Scheunentor anziehen. Übrigens bliebe das abgebrauchte Bild, in wogerechter Richtung gemeint, noch hinter den Tatsachen zurück, wenn man es auf einige Teufelsfische oder Riesentintenfische anwenden würde, die wir sahen.

Nördlich von Northborough waren sie so zahlreich, daß drei Mitglieder des Stabes, D'Armann, Franklin und Coby, es sich in den Kopf setzten, einen zu fangen. Sie trugen alle Waffen zusammen, die es rechtmäßig oder heimlich auf der „Arcturus“ gab, brachen in einem kleinen Ruderboot auf und hatten Erfolg. Als wir später die Einzelheiten des Kampfes an Hand der kinematographischen Aufnahmen verfolgten, erkannten wir, daß wir wirklich Glück gehabt hatten; hätte der große Fisch mit seinen Flossenspitzen etwas näher und höher gereicht, so wären das Ruderboot und die Teufelsfische zerschmettert worden. Nachdem einmal eine Harpune fest in dem Fisch saß, war der weitere Kampf nur noch eine Sache der Ausdauer; die einzige Frage war, ob die Verletzungen durch den Auzelregen eher wirksam werden würden als das Gewicht der Geschossmengen, die nun in dem Körper des Opfers steckten.

Jemand etwas führte jedenfalls schließlich zum Ziel; nach zwei Stunden ergab sich der Teufelsfisch und wurde zur „Arcturus“ geschleppt. Mehrere Lauge rissen, ehe er ausgehoben und auf Deck niedergegessen war. Da hatten wir allerdings ein Beobachtungsstück, das nicht auf die Platte des Mikroskops gelegt werden konnte; um es zu studieren, mußte man es umwandern oder beinahe hineingehen, denn sein gähnender Rachen war sicher 1 1/2 Meter weit. Von Flossenspitze zu Flossenspitze maß er genau 3 1/2 Meter; als wir ihn zerteilten und die einzelnen Stücke nacheinander wogen, kamen wir auf ein Gesamtgewicht von 2080 Pfund. Die Leber allein hatte das Gewicht eines Menschen. Wir fanden im Innern einen jungen, ausgetragenen Teufelsfisch, ein strammes Baby, das 25 Pfund wog und eine Flossenspannweite von über einen Meter hatte. Wie gewöhnlich haften auf dem Fisch viele interessante Schmorhoher. Ich löste acht Schiffshalter aus seinen Kiemen, und mindestens dreißig Stück waren von ihm abgefallen, als er das Wasser verließ. Auf der Haut hockten viele seltsam aussehende Kruster.

Diese großen Fische sind nicht sonderlich vorsichtig; einige Tage zuvor hatten wir auf der Rückkehr von einer Taucherepedition in Küstennähe eine Stunde lang mit einem von ihnen gespielt, indem wir ihn immer wieder mit dem Boot anrannten, wobei er halb umkippte und uns flossenschlagend mit einem Sprühregen überschüttete. Zwei Stück waren dicht beisammen, und jeder hatte eine Flossenspannweite von 3 Meter. Trotzdem wir sie mit dem Ruder kniffen, dachten sie gar nicht daran, das Feld zu räumen oder zu tauchen; als wir sie verließen, schwammen und rollten sie noch an der gleichen Stelle umher.

Wilna-Tag in Lugano.

Keinen Schritt weiter.

Lugano, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Tagesordnungspunkte gedachte der Völkerverbund am Mittwoch zu erledigen. Er wurde jedoch nicht einmal mit dem ersten Schritt fertig, dem polnisch-litauischen Streit; denn Bolshemaras und Jazeffi wärmten alle möglichen und unmöglichen einseitigen Vorwürfe wieder auf.

Bolshemaras beschuldigte Polen gewisser Annerkennungsbefreiungen Litauens und schob der polnischen Regierung für die gescheiterten Verhandlungen in Königsberg die Schuld zu. Er sprach von dem Drang Polens zum Meer und seiner Hochliebe der „weißen Korridore, in denen es sehr windig ist“. Jazeffi erklärte an Dokumenten, daß Litauen immer wieder abgelaufen, wenn Polen weitgehende Vertragsvor schläge machte und sehr viel Zeit z. B. zur Bestätigung der Verhandlungsprotokolle verbrauchte. Ueber die Behauptung, daß Polens Politik gegen Litauen unabhängig sei, ging er mit einer Handbewegung hinweg und lehnte die These Bolshemaras' ab, daß der Völkerverbund kein Recht gehabt habe, Wilna Polen zuzusprechen. Die beteiligten Staatsmitglieder beruhigten sich bei den beiderseitigen Versicherungen, daß von Krieg im Augenblick nicht mehr die Rede sei. Niemand hatte Lust, das heiße Eisen anzufassen; denn unter Rede und Gegenrede standen nicht nur die Wilna-Frage, sondern die östlichen Grenzfragen überhaupt. Der Spanier als Beobachter sollte in einer der nächsten Sitzungen vorschlagen, wie man weiter Zeit gewinnt, in der die Wunden im Osten vollständig verarztet werden.

Brand sprach am Mittwoch 1 1/2 Stunden mit Stresemann und am Donnerstag eine Viertelstunde mit Chamberlain.

Wieder einmal Rüstungsgeschrei.

Paris, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische „Liberté“ wieder einmal die Zeit der Ratstagung für passend, um Reden von deutschen Rüstungsmaßnahmen aufzuführen. Das Blatt hat in einer spanischen Militärzeitschrift Angaben der Hamburger Firma Stiefelberg sowie der schwedischen Junkers-Werke gemacht, in denen die ersten Rauch- und Nebelbomben zur Verfügung taktischer Manöver im Krieg, und die letzten Kriegesflugzeuge aller Art anbieten. Die „Liberté“ schreibt, daß die so angebotenen Kriegsmittel im Ernstfalle auch in Deutschland verwendet werden könnten.

Fremde Militärjustiz in Deutschland.

Befohlene Schlägerei schwer bestraft.

Vor dem französischen Kriegsgericht waren angeklagt der Artillerie-Friedrich Bardua und der Gemütskranke Georg Kercher aus Speersdorf wegen vorläufiger Körperverletzung und ungesetzlicher Uebertretung der Ordnungsz. 2.

Am 1. November 1928 abends war Bardua im Begriff, von der Wache zum Militär in Speersdorf ins Gefängnis zu bringen. Im Vorjahr hatte er sich mit Kercher über einen französischen Unteroffizier an der Hefe, die dadurch beschmutzt wurde, eine Schlägerei veranlaßt. Kercher verlangte von Bardua Reinigung der Hefe und Bardua schickte sich dazu an. Dann soll Bardua dem Sergeanten Kercher einen Ohrspeichel gegeben haben, und dies war der Anfang einer wüsten Schlägerei zwischen den beiden Deutschen und dem französischen Sergeanten. Ein als Zeuge vernommener Sergeant bezeugte, er habe auf Bardua so fest eingeschlagen, daß dieser aus dem Gefängnis und auf die Straße am Boden liegen gelassen sei. Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Verletzung der Befehlsarmee und vorläufiger Körperverletzung gegen Bardua fünf Monate und gegen Kercher drei Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilte Bardua zu vier und Kercher zu drei Monaten Gefängnis.

Fall Klotz und „Gazette du Franc“.

Ein Zusammenhang?

Kommunistischen Behauptungen gegenüber ist größte Vorsicht geboten, gleichwohl ob sie in der „Noten-Fahne“, in der „Gazette du Franc“, in der „Humanität“ oder in sonstigen kommunistischen Organen aufgestellt werden. Unter diesem selbstverständlichen Vorbehalt sei eine Enthüllung der „Humanität“ wiedergegeben, die einen gewissen Reiz enthält.

Diesem Blatt zufolge sollen die gefälschten und ungedeckten Banknoten des ehemaligen französischen Finanzministers Klotz bereits vor etwa drei Wochen in der größten französischen Bank, dem Pariser „Crédit Lyonnais“, aufgetaucht sein. Die Direktion setzte sich direkt an den Chef der Bank, den bisherigen Vorsteher Giphonien sowie mit der Verwaltung in Verbindung. Es soll in Frankreich üblich sein, daß die führenden Finanzinstitute gegenüber marxistischen politischen Organisationen, die sich in Geldverleumdungen befinden, die größte Vorsicht und das weitestgehende Entgegenkommen zeigen. So soll auch in diesem Falle die Finanzmagazine die Regierung informiert, daß sie bereit wären, den drohenden Klotz-Standal zu vermeiden und die ungedeckten Schecks (in Höhe von rund 100 000 Mark) unter Generalunkosten zu buchen, d. h. den Verlust selbst zu tragen. Als Gegenleistung hätte das Bankkontokorrentkonto lediglich gefordert, daß die Regierung gegen die „Gazette du Franc“ vorgehe, deren Finanzinstitute, namentlich in der Provinz, die Sparsamkeit wogegen durch die Einräumung der Konkurrenz gemindert seien. Daraufhin sei die Staatsanwaltschaft tatsächlich gegen die „Gazette du Franc“ vorgegangen!

Soweit die Enthüllungen der „Humanität“. Wenn sie auch nur halbwegs zutreffen, dann wird damit ein politischer finanzieller Skandal aufgedeckt, der wohl alles bisher Dagewesene weit überbieten würde.

Er legt das Mandat nieder.

Paris, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Blätter kündigen an, daß der Standal der „Gazette du Franc“ künftig Ueberforschungen nicht mehr bieten und die Unterlegung in Ruhe vorgetrieben würde. Inzwischen ist der Standal Klotz in den Vordergrund gerückt. Er hat seine Demission als Senator eingereicht. Die Zahl der gegen ihn vorliegenden Klagen mittlerweile auf 17 gestiegen. Die einen unter den Klägern sind von Klotz ungedeckte Schecks, die anderen gefälschte Wechsel. Die Zahl der Klagen ist in kürzester Zeit vor dem Untergericht erschienen. Es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als den Beweis seiner angeblichen Geistesgesundheit zu erbringen. Die Schulden des Senators werden auf 8 bis 12 Millionen Franken beziffert.

Unter Rechtsstudierenden.

Senatpräsident beim Reichsgericht Lohmann, macht dem Recht ausföhrlich die Mitteilung, daß der Hoch- und Landesverratsenat beim Reichsgericht aus eine Art Ersatzbestellung für Lindbergh geist!



„Mensch, mit Lernen halte ich mich nicht auf. Wo zu gibt's denn den Hoch- und Landesverratsenat beim Reichsgericht?“

Fememörderparadies Bulgarien.

Der Gehente von Rüstendil.

Sofia, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

In einem der Alkeldäume vor dem Hotel „Dragoman“, inmitten der Stadt Rüstendil, gegenüber dem neuen Denkmal des 1924 von seinen eigenen Leuten ermordeten mazedonischen Revolutionärs Lodor Alexandrow hing dieser Tage die Leiche eines bekannten Mazedoniers, auf dessen Brust ein Schild mit der Aufschrift angebracht war: „Das ist das Schicksal aller Verräter“. Die Leiche blieb bis in die späten Vormittagsstunden hängen und war das Schauplatz der herandrängenden Stahlschmiedung. Die Polizei hielt sich fern, da sie offenbar „rechtzeitig“ unterrichtet worden war.

Nach Mitteilungen der Presse ist der Gehente ein gewisser Sare Sekulischki, ein angeblicher „Anarchist“, der vor einigen Jahren den Redakteur des reaktionären Regierungsblattes „Slowo“ ermordet haben soll; er lebte als Emigrant in Südserbien und ist vermutlich auf bulgarisches Gebiet geschickt worden, wo ihm das Los so viel zu tun ist.

Soziales aus Bulgarien.

Hunger und Kinderarbeit.

Wie sich die Lage der Arbeiterschaft in Bulgarien unter dem reaktionären Regime verschlechtert hat, zeigen die Elendskinder in dem sozialistischen Zentralorgan „Kard“ (Das Volk). Geradezu

zu unglücklich liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie. In der Firma „Progrsch“ in der Hafenstadt Warna, dem größten Textilunternehmen in Bulgarien, sind 1100 jugendliche Arbeiterinnen beschäftigt, die zum großen Teile infolge Unterernährung an Tuberkulose leiden, davon sind in diesem Jahre über 70 gestorben. Die Jüngste der Toten, die „Kard“ namentlich und unter Angabe des Sterbetages aufführt, ist ein zwölfjähriges Kind!

Der durchschnittliche Wochenverdienst beträgt 200 Dena, ungefähr 6 Mark. Trotz des gelegentlichen Achtstundentages dauert die Arbeitszeit bis Mitternacht und später. Den aus den unmittelbaren Drückungen kommenden Mädchen ist es unmöglich, nach Arbeitschluss das Elternhaus aufzusuchen. Sie übernachten vielfach auf den Fabrikschläfen und während der warmen Monate im Freien. „Kard“ schreibt: Der Arbeitsminister kann sich durch seine Leute davon überzeugen lassen, wie diese gepeinigten Mädchen nützlich und wie häufig sie sich um ihre Kinder sorgen. In dem „modernen“ Betriebe beschwerten. Bei Revisionen der Fabrik werden die noch schulpflichtigen Mädchen verhaftet und alles verkauft parademäßig. Die Behörden sind mitschuldig an dem Massenmorden der jungen Mädchen.

Diese grauenhaften Verhältnisse sind symptomatisch für das Elend der bulgarischen Arbeiter. In der Tabakindustrie liegen die Dinge ebenso arg, wenn nicht schlimmer.

Sonderfürsorge für Saisonarbeiter.

Die Regierungsvorlage im Ausschuss angenommen.

Der Soziale Ausschuss des Reichstages hat in seiner Sitzung vom Mittwoch nach weiterer Aussprache die Abstimmungen über die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit erachtet. Der Antrag, diesen Arbeitslosen nur die Hälfte der nach den §§ 103 bis 108 vorgesehenen Unterstützung zu gewähren, wurde abgelehnt. Die Mindestunterstützung sah diese Regelung vor, daß in den Städten die Lohnklasse VI, auf dem Lande die Lohnklasse IV nicht unterschritten werden sollte. Zur Unterscheidung von Stadt und Land war eine Einwohnerzahl von 100 000 vorgesehen. Danach wäre aber in einer Gemeinde mit 90 000 Einwohnern der Mindestunterstützungssatz für einen solchen Arbeitslosen 9,20 M. pro Woche gewesen, bei einem verheirateten Arbeitslosen mit zwei Kindern nur 13 M. pro Woche; der höchst unterstützungsfähige hätte für einen ledigen 11 M. pro Woche, für einen Verheirateten mit zwei Kindern 18,75 M. pro Woche betragen können. Das machte diese Lösung für die Sozialdemokratie untragbar.

Alsdann wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen. Gleichzeitig wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Neuregelung für die Saisonarbeiter nur bis 30. September 1929 gilt, also zunächst nur für eine Saison gültig ist.

Zu der jetzt beschlossenen Sonderfürsorge muß auch der Haushaltszuschuß Stellung nehmen, weil vier Fünftel der Kosten aus Reichsmitteln zu decken sind. Es ist anzunehmen, daß er seine Zustimmung geben wird.

Die Profestwahl von Anwerpen.

Der Flame wird kassiert.

Brüssel, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die katholische Parlamentsfraktion hat auf das energische persönliche Betreiben des Ministerpräsidenten Coppiers einstimmig beschlossen, die Wahl des Flamenführers Borms als ungültig zu erklären und das Mandat dem unterlegenen Liberalen zuzusprechen. Da die Liberalen selbstverständlich für diese Lösung sind, so wird das Parlament ohne Zweifel so beschließen. Das wird aber der flämischen Agitation erst recht Nahrung geben. Borms wird nach der Erledigung des Amtesgesetzes im Senat, die nächste Woche zu ermartet ist, aus dem Gefängnis entlassen werden, ohne aber seine politischen Rechte vor Ablauf von fünf Jahren zurückzuerhalten.

Ein Freiheitsorden für Mussolini.

Protest in Lettland.

Anlässlich der zehnjährigen Unabhängigkeitsfeier Lettlands wurde — wie sich erst jetzt herausgestellt hat — der höchste lettische Militäroberbefehlshaber, auch Mussolini, verliehen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Jelms erklärte daraufhin seinen Austritt aus dem Ritus dieses Ordens. Er begründete seinen Austritt damit, daß der Orden seinerzeit für diejenigen gestiftet worden sei, die Freiheit und Demokratie für Lettland erkämpften. An dem Tag, an dem er dem größten Feinde der Demokratie verliehen worden sei, wäre der Sinn dieses Freiheitsordens verloren gegangen. Der Schritt des Abgeordneten Jelms wurde von der gesamten Linken mit großer Genehmigung begrüßt.

Der Umschwung in Mexiko.

Arbeiterpartei wird ausgeschlossen.

Stadt Mexiko, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Anschluß an den Gewerkschaftskongress tagend, beschloß der Kongress der Arbeiterpartei zu der bevorstehenden endgültigen Präsidentschaftswahl im Februar 1930 einen Kandidaten nicht aufzustellen. Ein Antrag auf Auflösung der Arbeiterpartei wurde abgelehnt und beschlossen, der Parteileitung für den Wahlkampf außerordentliche Vollmachten zu geben.

Die innerpolitische Lage hat sich weiter verschärft. Der Senat hat anlässlich der letzten Vorgänge sämtliche Beziehungen zur Arbeiterpartei abgedrochen. Der Gouverneur eines Bundesstaates hat sich diesem Vorgehen angeschlossen und sämtliche gesetzgebenden Körperschaften gebeten, dasselbe zu tun!

Die Kreuzfahrt des Deutschen Königs hat Buntierung (Einlich) zur Entleerung von Eter aus dem Brustkorb nötig gemacht.

Verdacht nach einem Oberhaus besteht in Griechenland. Die Kammer hat einer solchen Gesetzesvorlage zugestimmt. Der Senat wird proportional gewählt mit Ausnahme von achtzehn Mitgliedern, die die Kammer als Vertreter der verschiedenen Berufsklassen in den Senat schickt.

Drei französische Militärs wurden in Süd-Nigeria überfallen, und zwar auf der Straße von Beni-Abbes nach Kenua. Drei britische Eingeborene hatten aus dem Hinterhalt das Auto anzuhalten, in dem General Claretie saß. Dieser sowie drei weitere Offiziere wurden getötet, außerdem fünf Legionäre, so daß die Zahl der Toten neun beträgt. Ein Legionär wird vermisst, drei weitere wurden in verletztem Zustande zurücktransportiert.

